



Antrag

der Abgeordneten **Maximilian Böttl, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Stefan Ebner, Josef Heisl, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Jenny Schack, Andreas Schalk, Werner Stieglitz, Martin Stock, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zentrales Onlineportal mit App als digitale Plattform für Jugendbeteiligung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ein zentrales Onlineportal mit zugehöriger App als digitale Plattform für Jugendbeteiligung in Bayern einzurichten. Ziel ist es, durch niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten folgende Themenfelder zu fördern:

- die politische Partizipation von Jugendlichen in Bayern zu stärken und zu modernisieren,
- Jugendlichen eine sichtbare Stimme in der Demokratie zu geben,
- politische Bildung, Mitbestimmung und Engagement zu fördern,
- den digitalen Raum nicht extremistischen Kräften mit ihren Desinformationskampagnen zu überlassen, sondern ihn durch eigene demokratische und politische Angebote aktiv zu gestalten.

Dabei soll unter Beteiligung des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF) und des Bayerischen Jugendrings (BJR) und unter Berücksichtigung bereits vorhandener Strukturen und Angebote insbesondere evaluiert werden, ob und unter welchen Voraussetzungen folgende Hauptfunktionen in einem Angebot gebündelt werden können und welche personellen und finanziellen Ressourcen für eine Umsetzung nötig wären:

- Abstimmungen und Umfragen zu aktuellen politischen Themen, um Jugendlichen eine unmittelbare digitale Beteiligung zu ermöglichen,
- Diskussionsräume für Austausch, Vernetzung und gemeinsame Projektarbeit, auch unter Einbindung regionaler und kommunaler Jugendvertretungen,
- Möglichkeit, eigene Themen, Ideen und Gesetzesvorschläge einzubringen und sichtbar zu machen,

- Verlinkung auf Qualifizierungsangebote und Unterstützungsstrukturen, etwa Hilfestellungen zur Gründung von Jugendvertretungen sowie Informationen des BJR und seiner Bezirks- und Kreisjugendringe,
- ein zentraler Newsfeed (regional und überregional), der Informationen zu Jugendpolitik, aktuellen Projekten, Aktivitäten des BJR und weiteren Beteiligungsmöglichkeiten bündelt,
- ein Veranstaltungskalender, der Workshops, Jugendtreffen, Beteiligungsformate und lokale Projekte in ganz Bayern übersichtlich darstellt,
- Anbindung an Schulen und Jugendzentren, um Projekte direkt vor Ort einzubinden und Angebote sowie Beteiligungsmöglichkeiten strukturiert in den schulischen und außerschulischen Alltag zu integrieren.

Begründung:

Die digitale Welt ist für junge Menschen längst ein zentraler Bestandteil ihres Alltags. So nutzen laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 2023 rund 80 Prozent der Menschen in Deutschland ab 14 Jahren täglich das Internet. Es dient dabei nicht mehr nur der Kommunikation, sondern ist ein sozialer Raum, in dem Freundschaften gepflegt wird, Kontakte geknüpft werden und ein erheblicher Teil der Freizeit verbracht wird.

Der digitale Raum dient zudem verstärkt der politischen Informationsbeschaffung und Wissensbildung. So beziehen laut der Bertelsmann-Studie How to Sell Democracy Online (Fast) von 2025 74 Prozent der jungen Menschen in Deutschland politische Informationen online über Social Media. Politische Influencer genießen dabei ein höheres Vertrauen als politische Organisationen, Institutionen oder Politiker selbst.

Diese Entwicklung macht deutlich, dass politische Bildung und Beteiligung dort stattfinden müssen, wo junge Menschen tatsächlich unterwegs sind: leicht zugänglich im Smartphone.

Zugleich belegen Studien, dass zunehmend extremistische Kräfte diesen Raum vereinnahmen, um junge Menschen gezielt anzusprechen. Inhalte mit extremen politischen Positionen begegnen einem Großteil der Jugendlichen regelmäßig. In Bayern zeigen Wahl- und Einstellungsstudien der letzten Jahre zudem, dass ein signifikanter Anteil junger Menschen gegenüber populistischen und extremistischen Angeboten ansprechbar ist, wie z. B. in der U18-Bundestagswahl 2025, durchgeführt vom BJR, deutlich wurde. Hierbei war zwar die CSU mit 21 Prozent stärkste Kraft, doch die AfD (18 Prozent) und Die Linke (17 Prozent) lagen nur knapp dahinter. Diese Entwicklung unterstreicht die Dringlichkeit, den digitalen Raum nicht extremistischen Akteuren zu überlassen, sondern ihn aktiv demokratisch und mit eigenen politischen Inhalten zu gestalten. Die Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund sollte in allen Schritten mitgedacht werden, auch hier mit dem Ziel, Resilienz gegen spezifische extremistische Beeinflussungen zugunsten einer demokratischen Haltung zu stärken.

Mit einer solchen Plattform setzt der Freistaat angesichts dieser Herausforderungen die richtigen Weichen und ein klares Bekenntnis zu unserer Jugend: Die junge Generation und ihre Anliegen werden ernst genommen, ihre Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt, der digitale Raum wird aktiv demokratisch gestaltet, und ein kritischer Umgang mit Informationen wird gefördert. Gleichzeitig fungieren das Portal und die App als eine Art Frühwarnsystem: Sie ermöglichen es, Trends in der politischen Meinungsbildung frühzeitig zu erkennen und regionale Unterschiede sichtbar zu machen, sodass entsprechend gehandelt werden kann.